

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Eine kleine Bilanz der **Bewerbung des Vogtlands als WM-Gastgeber** wird auf Seite 2 gezogen.

Außerdem geht es dort um die inzwischen auf den Weg gebrachte **Angleichung des Arbeitslosengeldes II** in Ostdeutschland.

Mit dem **Stimmungsumschwung in Deutschland** beschäftigt sich Rolf Schwanitz in seinem Kommentar auf Seite 2.

Auch in diesem Jahr nimmt Rolf Schwanitz wieder am **Parlamentarischen Partnerschaftsprogramm** (PPP) des Deutschen Bundestages teil. Erstmals wurde kein Schüler, sondern eine **junge Berufstätige** für das Programm nominiert. Mehr auf Seite 3.

Hier ist auch ein Artikel zum **Streit** in der großen Koalition **um die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten** zu finden.

Warum ein **WM-Teppich aus dem Oelsnitzer Halbmondwerk** im Bundesgesundheitsministerium gelandet ist, erfahren Sie auf Seite 4. Dort betreten erstmalig auch **Max und Moritz** das Blatt.

Außerdem finden Sie auf Seite 4 Informationen zur diesjährigen **Büroklauseur in Jößnitz** und wie immer den Termin der nächsten **Bürgersprechstunde** von Rolf Schwanitz.

Saison-Kurzarbeitergeld soll Winterarbeitslosigkeit verhindern

Im Wahlkampf 1998 war die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes am Bau eine wichtige Forderung der Sozialdemokraten. Ein Jahr später führte die rot-grüne Bundesregierung die so genannte Winterbauförderung für die Baubranche wieder ein. Nun will die neue Regierungskoalition diese Förderung weiterentwickeln und auf andere Branchen ausdehnen. "Ich begrüße dieses Umdenken in der CDU/CSU-Fraktion ausdrücklich", so Schwanitz.

Der gemeinsame Gesetzentwurf von SPD, CDU und CSU zur Einführung des Saison-Kurzarbeitergeldes sieht vor, das im Baugewerbe bewährte System der Winterbauförderung weiterzuentwickeln und mit dem Kurzarbeitergeld zusammenzulegen.

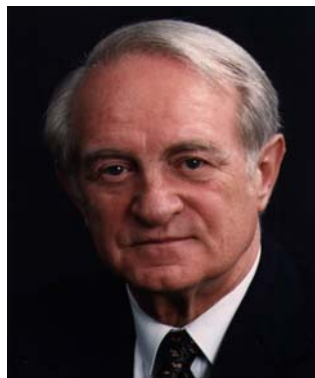
Außerdem soll es neben der Bau- auch andere Branchen mit saisonbedingten Arbeitsausfällen erfassen. Das sind insbesondere die Land- und Forstwirtschaft, die Baustoffindustrie, das Maler- und Lackierhandwerk sowie das Steinmetz- und Bildhauerhandwerk. Mit dem neuen Saison-Kurzarbeitergeld sollen Unternehmen die Möglichkeit haben, ihre Mitarbeiter trotz saisonbedingter Arbeitsausfälle weiter zu beschäftigen. Dies wird für eine Entlastung des Arbeitsmarktes sorgen und die hohen Arbeitslosenzahlen in den Wintermonaten verringern. Wenn in der Zeit von Dezember bis März die Arbeit wegen schlechten Wetters oder fehlender Aufträge ausfällt, wird künftig das Saison-Kurzarbeitergeld von der Bundesagentur für Arbeit gezahlt. Die Unternehmen müssen nur die Sozialversicherungsbeiträge (einschließlich der Arbeitnehmeranteile) für 80 Prozent des Lohns, der ohne Arbeitsausfall gezahlt worden wäre, abführen. Weil die Bundesagentur für Arbeit nicht jeden Winter eine Flut von Arbeitslosmeldungen bearbeiten muss, werden durch diese neue Lösung Kapazitäten frei, die zusätzlich für die Vermittlung von Arbeitslosen zur Verfügung stehen.

Das neue Saison-Kurzarbeitergeld hilft allen Beteiligten. Die Beschäftigten behalten ihren Arbeitsplatz. Den Unternehmen bleiben qualifizierte Arbeitnehmer auch in auftragsschwachen Zeiten erhalten. Die Suche nach neuen Arbeitskräften im Frühjahr entfällt. Für Rolf Schwanitz ist das Gesetz für das Saison-Kurzarbeitergeld deshalb "ein Sieg der Vernunft und ein Erfolg sozialdemokratischer Politik in der Großen Koalition".



Deutschland trauert um Johannes Rau

Johannes Rau war ein außergewöhnlicher und zugleich leidenschaftlicher Politiker. Das liebevolle "Bruder Johannes" stand für eine Person, die von einem tiefen christlichen Glauben geprägt, unermüdlich bestrebt war, unsere Welt ein wenig besser und gerechter zu machen. Es

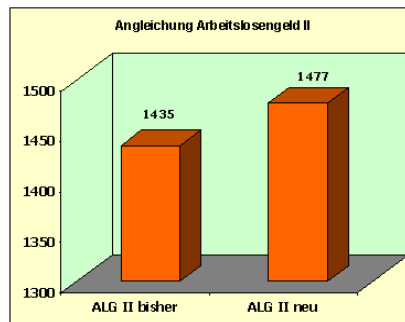


war für alle die ihn kannten, gerade seine bodenständige Art, die das Streben nach mehr Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit so menschlich vermittelt und so nachhaltig in Erinnerung gebracht hat. Wir denken in diesen Tagen auch den Besuch von Johannes Rau in Plauen im Jahr 1998. Gemeinsam mit Rolf Schwanitz erlebten viele Vogtländer einen unvergesslichen Abend im vollbesetzten Plauener Malzhaus. In den Wirren um den innenparteilichen Machtwechsel des Jahres 1995 war Johannes Rau ein wichtiger Anker für die Stabilität der SPD. Die Zeit als Bundespräsident bleibt vielen Menschen dauerhaft in Erinnerung. Johannes Rau hat diesem Amt, wie kaum jemand vor ihm, Menschlichkeit und Wärme verliehen. Wir alle sind durch den Tod unseres Freundes ein wenig ärmer geworden.

Gute Nachrichten für Langzeitarbeitslose

Der von der neuen Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf über die Angleichung der unterschiedlichen Regelsätze beim Arbeitslosengeld II in Ost und West wurde in der vergangenen Woche erstmalig im Deutschen Bundestag beraten. Mit dem vorgesehenen einheitlichen Regelsatz von 345 € monatlich wird eine für die Menschen in Ostdeutschland zentrale Forderung des SPD-Wahlmanifests umgesetzt. Noch im Oktober 2005 wurde die

Angleichung von der CDU im Bundesrat blockiert. Auch deshalb ist sie für Schwanitz längst überfällig: "Aus vielen Gesprächen weiß ich, dass die derzeit unterschiedliche Höhe der Regelsätze in Ost- und Westdeutschland von den Menschen in den neuen Ländern als ungerecht empfunden wird. Die Angleichung sorgt für ein Stück



Angaben in €, Familie mit zwei Kindern (4 und 12 Jahre), einschl. Kindergeld, Unterkunftskosten 441 €

mehr gesamtdeutsche Normalität." Der Ombudsrat hatte in seinem Bericht vom Juni 2005 die Angleichung der Regelsätze empfohlen. Die SPD hatte sich diese Forderung zu eigen gemacht und in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU durchgesetzt. Durch die Angleichung der Regelsätze entstehen im Bundeshaushalt Mehrausgaben von rund 220 Millionen €.

Kurz kommentiert

Erstaunlicher Stimmungsumschwung

Der Bundestag debattierte letzte Woche den neuen Jahreswirtschaftsbericht. Alle sprachen auf einmal von Belebung und Erholung. Und tatsächlich, so ist überall zu lesen, sind die Wachstumsprognosen klar nach oben gerichtet. Nun sei, so höre ich sie reden, Optimismus angesagt. Zuversicht wäre jetzt, so schrieb man auch bei uns, erste Bürgerpflicht. Was hat sich eigentlich geändert, dass Deutschland nach Jahren von Schlusslicht und Jammertal nun angeblich wie Phönix aus der Asche steigt? In Wahrheit nicht viel. Die konjunkturelle Belebung zeichnete sich schon klar im Frühjahr 2005 ab. International wurde die Veränderung in Deutschland schon immer mit der Agenda 2010 in Verbindung gebracht. Allein in den Redaktionsstuben waren da die Hebel noch auf Cassandra eingestellt. Jeder, der das Gegenteil beschrieb, wurde als notorischer Schönfärber markiert und gnadenlos zur Sau gemacht. Natürlich war dieser Wandel in Wahrnehmung und Mentalität längst überfällig. Der Zeitpunkt und seine Geschwindigkeit jedoch sind verräterisch. Sie zeugen weniger von fundierter Analyse, als vielmehr von einer interessengeleiteten Bewertung.

Rolf Schwanitz



Für ein soziales Europa - gegen Sozialdumping!

Die SPD unterstützt den Aufruf des DGB, am 11. Februar in Berlin und am 14. Februar in Straßburg gegen Sozialdumping und für eine soziale Ausgestaltung der EU-Dienstleistungsrichtlinie zu demonstrieren. Denn wenn die Abgeordneten des Europäischen Parlaments im Februar über den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie abstimmen, treffen sie eine wichtige Entscheidung, die von großer Bedeutung für die Arbeitnehmer in der Europäischen Union ist. Die Position der SPD war und ist eindeutig: Das Herkunftslandprinzip darf nicht Grundlage einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie werden.

Der Weg ist das Ziel

Selten traf dies auf einen Sachverhalt so zu, wie auf die Bewerbung des Vogtlands als Gastgeber bei der Fußball-Weltmeisterschaft 2006. Wir erinnern uns: Vor vielen Monaten wurde die kühne Idee geboren, dass sich das Vogtland als Gastgeberregion für eine Teilnehmermannschaft bei der

Fußball-WM 2006 bewirbt. Skeptiker gegenüber diesem Vorhaben gab es genug. Mit dem VFC Plauen e.V., dem IFA Ferienpark Hohe Reuth, der Stadt Plauen und dem Vogtlandkreis fanden sich mutige Partner, die diese Idee verwirklichen wollten. Der Ideenreichtum, das ein-

gebrachte Engagement und die Begeisterung vieler gegenüber dieser Vision war Überraschung und Ansporn zugleich. Ein wichtiger Erfolg war die Aufnahme der Region in den offiziellen FIFA-Katalog. Das Vogtland konnte

sich so in den Weltsprachen rund um den Globus als "Sports-Region" präsentieren. Allein dies war eine unbezahlbare Werbung für unsere Heimat. Unvergessen neben vielen anderen Aktivitäten ist auch die erfolgreiche "Mini-WM". Wer einmal im Vogtlandstadion oder anderswo in die begeisterten Kinderaugen geschaut hat, wird nicht vergessen, was für ein Ereignis auf diesem Wege für die Kinder- und Jugendarbeit bei uns entstanden ist. Auch wenn die Bewerbung letztendlich nicht erfolgreich war, wurde Enormes geleistet. Alle Beteiligten, vor allem der VFC Plauen und der IFA Ferienpark Hohe Reuth haben sich durch ihr Engagement um unser Vogtland verdient gemacht.



"Mini-WM" im Vogtland: Die Mannschaften von Irland und Deutschland kurz vor Spielbeginn

Lernen und Arbeiten in Amerika

Auch in diesem Jahr reist wieder ein vogtländischer Jugendlicher im Rahmen des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms (PPP) mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA. Nach persönlichen Gesprächen mit den Kandidaten nominierte Rolf Schwanitz die 19jährige Landwirtin Christina Sattler als Teilnehmerin und den 19jährigen Industriemechaniker Christoph Schramm als "Ersatzkandidaten". Obwohl Rolf Schwanitz bereits seit 1992 als "Pate" am PPP teilnimmt, ist die Nominierung eines jungen Berufstätigen eine "Premiere". Denn der Zufall wollte es, dass

Schwanitz bisher ausschließlich Pate von Schülern war. So verbringt zur Zeit Maria Dressel aus Theuma mit dem PPP ein High-School-Jahr in den USA. Das PPP gibt aber auch jungen Berufstätigen eine Chance. Sie wohnen in Gastfamilien, besuchen ein Community College und absolvieren ein Praktikum in einem amerikanischem Betrieb. Dabei wird ein hohes Maß an Selbständigkeit erwartet, so muss z.B. auch ein eigenes Auto gekauft werden. Das PPP wird vom Deutschen Bundestag und dem Amerikanischen Kongress finanziert und soll insbesondere das Interesse der jungen Generation bei-



der Länder für einander wecken sowie das gegenseitige Verständnis fördern.

Familienförderung ja - aber gerecht!

von Rolf Schwanitz

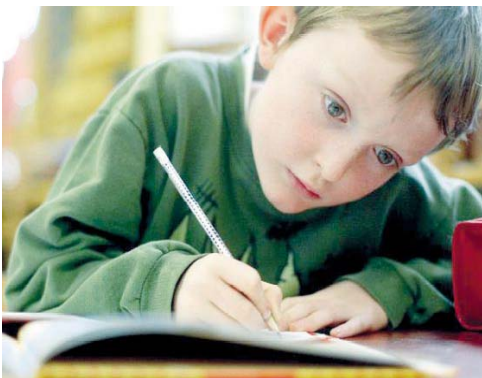
Es ist gut und richtig, dass beschlossen wurde, 460 Mio. € zusätzlich für die Kinderbetreuung bereit zu stellen. Aber schon im Dezember hatten die beteiligten Ministerien vereinbart, dass erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten für alle Kinder vom ersten Euro an als Werbungskosten steuerlich absetzbar sein sollen. Bundesfamilienministerin von der Leyen hat nun im Kabinett aber ein anderes Modell durchgesetzt. Danach ist vorgesehen: Sind die Kinder zwischen sieben und 14 Jahre alt, können die arbeitenden Eltern die Kosten für Kin-

derladen, Hort oder Tagesmutter bis 4.000 € von ihrer Einkommensteuer absetzen. Bei Kindern bis sechs Jahren sollen dagegen nur die Kosten absetzbar sein, die 1.000 € übersteigen. Auch hier können maximal 4.000 € abgesetzt werden - also bis hin zu tatsächlichen Ausgaben von 5.000 €. Durch dieses Modell sollen stärkere Impulse auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden. Es bedeutet aber auch, wer wenig verdient und deshalb geringe Gebühren für die Kita zahlt, bleibt auf den ganzen Kosten sitzen - wer viel verdient und sich womöglich ein Kindermädchen leistet, kann dessen Lohn großzügig absetzen. Die SPD-Fraktion will deshalb zu dem zurückkehren, was ursprünglich zwischen den beteiligten Ministerien vereinbart worden war. Das kostet keinen

Cent mehr, wenn gleichzeitig die Obergrenze nicht so stark angehoben wird. Denn wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, wer in unserem Land finanzielle Förderung nötig hat und wer nicht.

In erster Linie geht es uns um die Familien. Natürlich sind positive Effekte auf dem Arbeitsmarkt erwünscht - aber ob bei der jetzt vorgesehenen Regelung Tausende Kinderbetreuer eingestellt werden, ist doch mehr als fraglich.

Kinder und Familie unter einen Hut zu bekommen, ist für viele Frauen heute noch immer mit Schwierigkeiten verbunden. Deshalb ist es entscheidend, viele gute und bezahlbare Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen. Kinderbetreuungskosten steuerlich mehr als bisher zu fördern ist natürlich trotzdem gut und richtig. Doch diese Förderung muss vom ersten Euro an gelten. Das werden hoffentlich auch unsere Partner in der Großen Koalition noch erkennen.



Kurz gemeldet

Bürgertelefon mit neuen Telefonnummern

Bürgerinnen und Bürger können sich bei Fragen zu Themen des Bundesministeriums für Gesundheit auch zukünftig an das Bürgertelefon wenden. Geschultes Personal steht für Antworten bereit. Das Bürgertelefon ist von Montag bis Donnerstag von 8 bis 20 Uhr unter folgenden Nummern (alle 0,12 Euro/Minute aus dem deutschen Festnetz) erreichbar:

01805 - 99 66 02
(Gesetzliche Krankenversicherung)
01805 - 99 66 03
(Pflegeversicherung)
01805 - 99 66 09
(Gesundheitsprävention)
01805 - 99 66 07
(Gehörlosen / Hörgeschädigten-Service Schreibtelefon)

Im vergangenen Jahr haben rund 30.000 Bürgerinnen und Bürger, die Fragen zur Kranken- oder Pflegeversicherung hatten, diesen Service in Anspruch genommen.

Gesundheitskarte wird in Sachsen getestet

Auch in Sachsen wird es Feldtests mit der elektronischen Gesundheitskarte geben. Die Vorbereitungen für die Testphase im Landkreis Löbau-Zittau haben begonnen. Dies ist eine wichtige Grundlage für die Vorbereitung der flächendeckenden Einführung der elektronischen Gesundheitskarte. Damit soll die Qualität, die Sicherheit und die Transparenz der medizinischen Versorgung verbessert werden. Die elektronische Gesundheitskarte wird außerdem mit einem Foto versehen sein und dadurch den Missbrauch verhindern. Weitere Informationen gibt es unter www.die-gesundheitskarte.de

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708486
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

Sie finden mich auch im
Internet:

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

3.2.2006, 16 Uhr, Zertifikatsübergabe an ein Krankenhaus in Bad Langensalza

6.2.2006, 18 Uhr, Sitzung des Präsidiums des Landesvorstands der SPD-Sachsen in Dresden

7.2.2006, 10 Uhr, Sitzung der SPD-Fraktionsarbeitsgruppe Gesundheit in Berlin

7.2.2006, 15 Uhr, Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

8.2.2006, 9.30 Uhr, Sitzung des Ausschusses für Gesundheit in Berlin

10.2.2006, 9 Uhr, Sitzung des Bundesrates in Berlin

23.2.2006, 19 Uhr, Sitzung des SPD-Ortsvereins Plauen

Die nächste Bürger-sprechstunde:

23.2.2006, 14-16 Uhr

Alle Sprechstunden im Plauener Wahlkreisbüro in der Freiheitsstraße 13. Telefonische Anmeldungen unter 03741-134118.

Vogtletter verändert sich

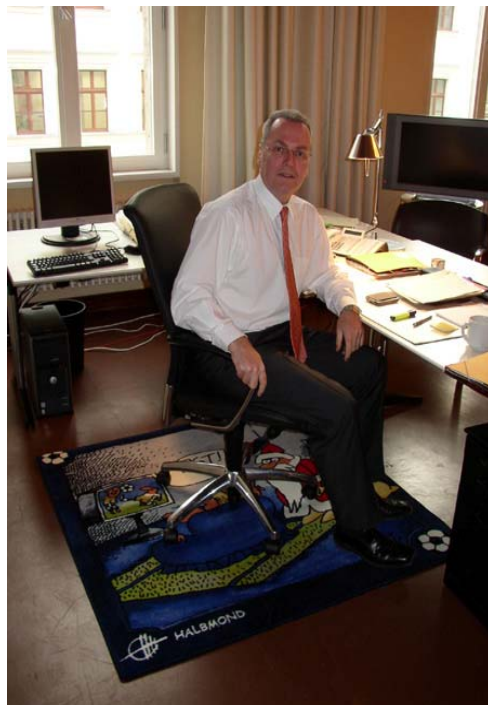
Liebe Leserinnen und Leser, der Vogtletter wurde schon bisher als ein attraktives Informationsmittel wahrgenommen. Sein Leserkreis hat sich stetig erweitert. Die Resonanz ist positiv. Dies ist für uns Ansporn und Herausforderung zugleich. Wir wollen den Vogtletter deshalb in den nächsten Monaten noch attraktiver und besser machen. Natürlich bleibt er das Medium, in dem über die gesamte politische Arbeit des SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz berichtet wird. Der Vogtletter soll sich aber künftig nicht nur darauf beschränken. Wir wollen darüber hinaus

verstärkt zu aktuellen Themen Stellung beziehen. Durch neue Rubriken soll das Medium schrittweise an Breite und Vielfalt gewinnen. So ist zum Beispiel an einen Gastkommentar gedacht, der aktuelle Themen unserer Zeit und Region beleuchtet. Heute betreten erstmalig zwei Lausbuben die Bühne unseres Blatts. Maxe und Moritz erklären sich die Welt und haben dabei vor Wenigem Respekt. Der hohe Anteil an Bildern und Grafiken soll im Interesse der Lesefreudigkeit natürlich beibehalten werden. Lassen Sie sich in überraschen. Die Redaktion

Oelsnitzer Halbmond-Teppich ist in Berlin gelandet

Seit kurzem findet ein Teppich aus den Oelsnitzer Halbmondwerken Verwendung im Berliner Bundes-

gesundheitsministerium (BMG). Der Teppich gehört zur "WM-Kollektion" der Halbmondwerke und ist



Rolf Schwanitz an seinem Schreibtisch im Berliner Bundesgesundheitsministerium

für den Parlamentarischen Staatssekretär aus dem Vogtland, Rolf Schwanitz, ein sehr willkommener "Farbtupfer", denn sein Büro im BMG ist derzeit nur mit Lino-leum ausgelegt. Schwanitz: "Der WM-Teppich aus Oelsnitz ist ein Highlight meines Büros und wird hier künftig einen festen Platz einnehmen."

Zwei kecke Jungs



He Maxe!
Ja Moritz?
Ich glaube, die CDU-Pressestelle ist jetzt umgezogen.
Umgezogen? Wieso denn das?
Na klar, von der Dobe-naustraße zum Postplatz. Wie bist'n da drauf gekommen, Moritz?
Na wegen der Freien Presse. Da steht jeden Tag 'ne neue Enthüllung drin, mal gegen den Oberdorfer von den Liberalen, mal gegen den Eberwein von der SPD. Und nach zwei Wochen zerplatzt alles, wie 'ne Seifenblase. Hauptsache es konnte viel Wind gemacht und CDU-Heidan ordentlich promotet werden!
Du siehst das falsch Moritz. Ich habe diese Woche noch das CDU-Schild in der Dobe-naustraße hängen sehen, gleich neben dem Manschaana.
Kann schon sein Maxe. Aber geübt wird da schon, was das Zeug hält.
Da will ich Dir nicht widersprechen.

Kurz gemeldet

Büro-Klausur in Jöbnitz
Anfang Januar traf sich Rolf Schwanitz mit seinen Mitarbeitern zur jährlichen Klausurtagung im Jöbntzer Landhotel "Zur Warth". Hauptthemen waren die für 2006 geplanten Vorhaben. So will Rolf Schwanitz verschiedene Projekte zur gesundheitlichen Prävention in der Region, z. B. eine Nichtraucherinitiative, starten. Aber auch die beliebte Sommerradtour wird es wieder geben. Insgesamt wird Schwanitz seine Präsenz im Vogtland verstärken.